

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	11
1. Teil: Die Verfügung eines Heimbewohners von Todes wegen zugunsten des Heimträgers oder eines Bediensteten nach dem bisher geltenden bundeseinheitlichen Heimgesetz.....	
§ 1 Grundsätzliches zum Heimgesetz	15
A. Die Entwicklung des Heimgesetzes.....	15
B. Ziel und Zweck des Heimgesetzes, § 2 HeimG.....	16
C. Anwendungsbereich des Heimgesetzes, § 1 HeimG	19
I. Heime, § 1 Abs. 1 HeimG	19
II. Kurzzeitheime und stationäre Hospize, § 1 Abs. 3 HeimG	22
III. Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege, § 1 Abs. 5 HeimG.....	23
IV. Haus- und Wohngemeinschaften.....	24
V. Einrichtungen der Rehabilitation, § 1 Abs. 6 S. 2 HeimG	25
VI. Krankenhäuser, § 1 Abs. 6 S. 1 HeimG	25
VII. „Betreutes Wohnen“, § 1 Abs. 2 HeimG.....	26
VIII. Häuslicher Pflegedienst und Betreuung durch Angehörige.....	29
§ 2 Tatbestandsvoraussetzungen des § 14 Abs. 1, Abs. 5 HeimG	30
A. Normadressaten	31
I. Trägerschaft	31
II. Bedienstete.....	32
B. Geld- oder geldwerte Leistungen als verbotene Zuwendung.....	33
I. Heimträger als Leistungsempfänger.....	33
II. Bedienstete als Leistungsempfänger	37
C. „Von oder zugunsten von Bewohnerinnen und Bewohnern oder den Bewerberinnen und Bewerbern“.....	38
D. Annahme des Vermögensvorteils als untersagte Handlung.....	40
E. Vorherige Genehmigung als Ausnahme vom Annahmeverbot	41
§ 3 Nichtigkeit von Verfügungen wegen Verstoßes gegen § 14 Abs. 1, Abs. 5 HeimG, § 134 BGB	43
A. Schutzzweck des § 14 HeimG	43
I. Schutz der Bewohner vor Ausbeutung und finanzieller Ausnutzung	44

II. Schutz des Heimfriedens.....	45
B. Regelungsgehalt des § 14 HeimG.....	46
C. Konsequenz eines Verstoßes gegen § 14 HeimG	46
I. Anwendbarkeit des § 134 BGB.....	47
1. § 14 HeimG als Verbotsnorm i.S.d. § 134 BGB.....	47
2. Beidseitiger Verstoß gegen das Verbotsgesetz	50
II. Rechtsfolge eines Verstoßes, § 134 BGB i.V.m. § 14 Abs. 1, Abs. 5 HeimG.....	51
§ 4 Beschränkung der Testierfreiheit durch § 14 Abs. 1 oder Abs. 5 HeimG.....	53
A. Erstreckung des Schutzbereiches des § 14 HeimG auf Verfügungen von Todes wegen.....	54
I. Testamente	54
1. Testamente als Geld- bzw. geldwerte Leistung	54
2. Das Testament als „Sichversprechen- oder -gewährenlassen“	57
a) „Sichversprechenlassen“	58
b) „Sichgewährenlassen“	59
aa) Erbschaftsannahme als Verbotshandlung	60
bb) Tatbestandserfüllung automatisch mit Erbfall.....	61
cc) Beitrag des Bedachten zu Lebzeiten des Erblassers	61
(1) Lebzeitige Kenntnis von der Erbeinsetzung	62
(a) Kenntniserlangung durch den Erblasser und Wissenszurechnung bei der Erbeinsetzung des Heimträgers	62
(b) Kenntniserlangung durch Dritte oder auf andere Weise	63
(2) Kenntnis des Erblassers von der Kenntnis des Bedachten.....	64
(3) Zusammenwirken von Erblasser und Bedachtem oder zumindest deren Einvernehmen	65
dd) Vorheriges Verlangen des Trägers oder des Bediensteten	65
ee) Stellungnahme	66
(1) Einbeziehung testamentarischer Verfügungen ohne lebzeitige Kenntnis des Bedachten?	66
(a) Wörtliche Auslegung anhand des allgemeinen Sprachgebrauchs.....	66

(b) Inhaltliche Bedeutung der Verbotshandlung anhand der Auslegung anderer Verbots- normen.....	67
(2) Einbeziehung testamentarischer Verfügungen mit lebzeitiger Kenntnis des Bedachten?	68
(a) Teleologische Interpretation des § 14 HeimG	69
(b) Vergleich mit der rechtlichen Situation in der Schweiz	79
(3) Ergebnis	82
II. Erbverträge.....	82
1. Rechts- und Bindungswirkung des Erbvertrags.....	83
2. Subsumtion unter den Tatbestand des § 14 HeimG	84
a) Nicht vertragsmäßige Verfügungen	84
b) Vertragsmäßige Verfügungen	84
aa) Der Erbvertrag als geldwerte Leistung	84
bb) Begünstigung durch Erbvertrag als „Sich- versprechen- oder -gewährenlassen“	85
B. Einschränkung der Testierfreiheit durch § 14 HeimG	87
C. Resümee	88
§ 5 Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Einschränkung der Testierfreiheit durch § 14 Abs. 1, Abs. 5 HeimG nach Auslegung der herrschenden Meinung	88
A. Verstoß gegen Grundrechte der Heimbewohner durch Anwendung des § 14 HeimG auf Verfügungen von Todes wegen	89
I. Verstoß gegen die Testierfreiheit, Art. 14 Abs. 1 GG	89
1. Art. 14 Abs. 1 GG als Grundrecht der Eigentums- und Erbrechtsfreiheit	89
2. Beschränkung der Testierfreiheit von Heimbewohnern	90
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	90
a) § 14 Abs. 1, 5 HeimG i.V.m. § 134 BGB als Schranke der Testierfreiheit nach Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG	91
b) Verhältnismäßigkeit der die Testierfreiheit einschränkenden Auslegung des § 14 Abs. 1, 5 HeimG	91
aa) Testamentarische Verfügung des Heimbewohners.....	92
(1) Geeignetheit der Einschränkung	92
(2) Erforderlichkeit der Einschränkung	94
(a) Fehlender Regelungsbedarf	95
(b) Weniger belastende Alternativen in der gegebenen Rechtssituation	95

(3) Verhältnismäßigkeit der Einschränkung im engeren Sinne.....	100
(a) Allgemeine Abwägung.....	101
(b) Differenzierung nach dem Grad der Schutzbedürftigkeit	104
(c) Mögliche Auswirkungen der Beeinträchtigung auf das Gemeinwohl	104
(d) Fehlende gesetzgeberische Maßnahmen für ähnliche Abhängigkeitsbereiche.....	106
(e) Zwischenergebnis.....	107
(4) Resümee.....	107
bb) Erbvertrag zwischen dem Heimbewohner und dem Heimträger, -leiter oder einem Bediensteten	107
(1) Geeignetheit der Einbeziehung von Erbverträgen	107
(2) Erforderlichkeit der Einbeziehung von Erbverträgen	108
(3) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	111
(4) Zwischenergebnis	112
4. Ergebnis	112
II. Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz, Art. 3 Abs. 1 GG	112
1. Ungleichbehandlung von Vergleichsgruppen oder vergleichbaren Sachverhalten	113
a) Vergleichsgruppen bzw. vergleichbare Sachverhalte.....	113
aa) Vergleich mit stationären Krankenhauspatienten	113
bb) Vergleich mit Pflegebedürftigen, die vom häuslichen Pflegedienst betreut werden oder betreut wohnen	115
cc) Vergleich mit nach §§ 1896 ff. BGB betreuten Personen	118
(1) Rechtliche Situation	118
(2) Vergleichbares Abhängigkeitsverhältnis	119
(a) Betreuung durch Angehörige und nicht verwandte ehrenamtliche Personen	120
(b) Betreuung durch eine dem Betroffenen fremde Person bzw. einen Berufsbetreuer	123
b) Verfassungsrechtlich relevante Ungleichbehandlung	125
2. Unsachlichkeit der Ungleichbehandlung und Abwägung der Differenzierung im Verhältnis zur Zielsetzung und Zumutbarkeit	126
a) Legitimes Differenzierungsziel	127

b) Beeinflussbarkeit der Differenzierung und Erforderlichkeit der Differenzierungsstärke.....	127
c) Zumutbarkeit der Differenzierungsintensität	129
3. Ergebnis und Auswirkung auf die gegebene Rechtslage	131
B. Resümee	131
 2. Teil: Veränderungen auf dem Gebiet des Heimrechts durch die Verlagerung der Kompetenz auf die Länder.....	133
§ 6 Die aktuelle Rechtslage.....	133
A. Ziel der Föderalisierung des Heimrechts und Kritik an den rechtlichen und praktischen Konsequenzen.....	134
B. Umfang der neuen Länderkompetenz.....	142
I. Das Heimrecht als Abzugsposten.....	142
1. Keine Verlagerung des gesamten Heimrechts in die Kompetenz der Länder	145
a) Das Heimvertragsrecht, §§ 5-9 HeimG	145
b) Leistungen an Träger und Beschäftigte, § 14 HeimG	145
aa) § 14 HeimG als Norm mit zivilrechtlichem Charakter	145
bb) § 14 HeimG als Ordnungsrecht	146
2. Das Heimrecht als umfassende Materie der ausschließlichen Gesetzgebungszuständigkeit der Länder.....	146
3. Stellungnahme	148
a) Heimvertragsrecht bleibt Bundessache	148
aa) Rechtliche Einordnung der §§ 5-9 HeimG	148
bb) Auslegung des Kompetenztitels aus Art. 74 Abs. 1 Nr. 7 GG.....	150
b) Das Annahmeverbot als Materie der ausschließlichen Zuständigkeit der Länder	153
aa) Zuordnung anhand der Entstehungsgeschichte des § 14 HeimG	153
bb) Systematische Zuordnung.....	154
cc) Zuordnung anhand teleologischer Gesichtspunkte	155
dd) Zuordnung anhand des Regelungsgehalts.....	155
II. Zusammenfassung.....	156
§ 7 Auswirkungen der Föderalisierung des § 14 HeimG auf die bisherigen erbrechtlichen Probleme der Zuwendungsverbote	157
A. Leistungen an Träger und Beschäftigte	157
I. Schleswig-Holstein	158
II. Baden-Württemberg.....	160

III. Bayern	162
IV. Nordrhein-Westfalen	164
V. Zusammenfassung	168
B. Anwendungsbereich der Landesheimgesetze	168
I. Übersicht der Anwendungsbereichseröffnungen	168
II. Auswertung	170
Schlusswort	173
Anhang	175
Literaturverzeichnis	177